

Shrinking Spaces oder

Tagungs- und Bildungsarbeit im Spannungsverhältnis zwischen Wertorientierung und Freiheit der Lehre

Von Dr. Ulrich Bausch, Geschäftsführer der VHS Reutlingen und Kuratoriumsmitglied der Evangelischen Akademie Bad Boll

Vor wenigen Tagen hatte ich ein sehr anregendes Gespräch mit einem sehr sympathischen jungen Israeli, der hier in Deutschland studiert und eigentlich auch nicht mehr zurück nach Israel möchte. Der religiöse Druck werde immer stärker, viele in seiner Generation würden daher das Land verlassen. Er habe in Israel keinerlei Kontakt zu Arabern gehabt, wie er sich ausdrückte, die Araber hätten ja eigene Schulen, Arabisch habe er nie gelernt, er spreche die Sprache nicht. Während seiner ganzen Kindheit, Jugend und Schulzeit, habe man darauf geachtet, mit Arabern nichts zu tun zu haben. Erst hier in Deutschland habe er Palästinenser kennengelernt, plötzlich sprach er von Palästinensern, und dann sagte er – durchaus selbstkritisch – *„und wissen Sie was, es ist schon verrückt, die meisten von denen sind total nett.“*

Der junge Mann erlebte erzwungene, strukturelle Distanz, Pauschalurteile über „die Araber“, während dann die Kontakte durchs Studium hier in Deutschland, die freundschaftliche Nähe und das herzliche Miteinander seine Perspektive veränderten. Wir sprachen noch lange darüber, dass es „die Araber“ nicht gibt, genau so wenig, wie „die Deutschen“ und schon gar nicht „die Israelis“ und so weiter.

Als dem großen Theatermacher George Tabori der Büchnerpreis verliehen wurde, sprach er über dieses Thema: Ich zitiere: *„Die einzig brauchbare politische Erziehung, die ich durch den ersten und zugleich letzten väterlichen Klaps in den Nacken erhielt, (war die) als ich, der Zehnjährige, ihm berichtete, was ich soeben in der Schule gelernt hatte, daß nämlich alle Rumänen schwul seien. Nachdem er sich entschuldigt hatte, erklärte der Vater, dies wäre die Zeit der ekelerregenden Nationalismen, die die Menschheit mit einer Art von Die-das-Ismen verdinglichten, um sie leichter zu vernichten. Erstens seien nicht alle Rumänen schwul. Zweitens, es wäre nicht schlimm, wenn alle es seien, und drittens es gäbe so etwas wie „die Rumänen“ nicht. So George Tabori.*

Pauschalurteile treffen auch immer wieder auch die vhs-Reutlingen. Wir werden in einen Topf gesteckt mit den Israelkritikern, die antisemitisch seien und unversöhnlichen Hass gegen Israel verbreiteten. Aber es gibt sie nicht pauschal: Die Israelkritiker.

Keine Frage, es gibt antisemitische Israelkritik und das ist auch ein ernstes Problem, aber eben auch Positionen, die in kritischer Solidarität zu Israel stehen, sich an den verbrieften Menschenrechten orientieren und eben nicht rassistisch motiviert sind.

Wie befremdlich manche Anschuldigungen sind, erfuhr ich in einem anonymen Brief, als wir eine Veranstaltungsreihe über den Einfluss des Islam auf Kultur, Musik und Architektur in Süddeutschland anboten. Das sei einseitig, unausgewogen und antisemitisch. Wenige Jahre später zeigten wir die Ausstellung „Palästinensische Kinder und Jugendliche zeichnen ihre Welt“. Eine Ausstellung von Ingrid Rumpf und ihrem Verein „Flüchtlingskinder im Libanon“, deren Arbeit ich sehr schätze.

Wieder steckte man die vhs-Reutlingen in den Antisemitismus-Topf. Begründung unter anderem: Ein Kind zeichne den Felsendom. Bei diesem handle es sich um einen Code für das Beharren auf das Rückkehrrecht aller Palästinenser nach Israel. Kämen 6 Mio. Palästinenser, gäbe es Israel nicht mehr. Die Ausstellung ziele auf einen palästinensischen Staat, statt eines israelischen – daher sei die Ausstellung antisemitisch. Diese Intervention ging an die Reutlinger Oberbürgermeisterin. In anderen Schreiben hieß es, die vhs-Reutlingen stelle eine Belastung für die Deutsch-Israelischen Beziehungen dar.

Wir wollen in unserer Bildungsarbeit möglichst viele Perspektiven berücksichtigen. Seit über 25 Jahren bieten wir Veranstaltungen mit Joseph Rothschild an, der – 2010 von der Stadt Stuttgart mit der Otto-Hirsch-Medaille ausgezeichnet – Angebote zur jüdischen Kultur und Geschichte, aber auch zur aktuellen Lage im Nahen Osten macht.

Mehrfach haben wir Veranstaltungen gemeinsam mit der Israelitischen Gemeinschaft angeboten oder mit dem Landesrabbiner, zum Beispiel eine Ausstellung „Synagoge - Kirche – Moschee“ und Ortstermine in der Stuttgarter Synagoge mit Rachel Dror, ebenfalls Trägerin der Otto-Hirsch-Medaille.

Mehrfach haben wir auch mit „Dialog“ (in Zichron Yaacov, Israel) in Sachen Jugendaustausch zusammengearbeitet. Wir haben Jugendliche aus Israel und Polen mit deutschen Jugendlichen zusammengebracht, jiddisch gelernt, gemeinsam Konzerte realisiert und uns über jüdisches Leben in diesen Ländern verständigt.

Ich habe auch beabsichtigt, eine gemeinsame Pressekonferenz mit der DIG (Deutsch-Israelische Gesellschaft) und Ingrid Rumpf vom „Verein Flüchtlingskinder im Libanon“ zu veranstalten, aber leider hat die DIG abgesagt. Ich bedauere diese Absage sehr.

Die pauschalierenden Urteile, wonach inzwischen fast jede Kritik an der Besatzungspolitik Israels antisemitisch sei, führen in Reutlingen nicht zu Veranstaltungsabsagen, vor allem wohl deshalb, weil die vhs-Reutlingen eine GmbH ist und dadurch eine gewisse Unabhängigkeit genießt.

Dennoch ist der leichtfertige Umgang mit dem Begriff Antisemitismus, verbunden mit Pauschalurteilen gegen Besatzungskritik, in mehrfacher Hinsicht höchst problematisch.

Erstens: Hass gegen „die Juden“, entsprechende Vorurteile, rassistische Stigmatisierungen, müssen energisch bekämpft werden.

Antisemitismus war eine der wesentlichen Ursachen des fürchterlichsten Verbrechens der Menschheitsgeschichte, daher darf es vor diesem Hintergrund auch keine Banalisierung des Antisemitismusbegriffs geben. Ich erinnere an

- Den Angriff auf das Restaurant Schalom in Chemnitz.
- An einen Fußballtrainer in NRW, der andere anbrüllte mit den Worten: „Halts Maul du dreckiger Jude“.
- An die „Anti-Zion-Schmierereien“ in Leipzig.
- An den AFD-Sprecher Marius Radtke, der jüngst erklärte, der eigentliche Holocaust werde an uns Deutschen verübt und die Volksverräterparteien würden ja Zion anbeten.
- Ich erinnere an Björn Höcke mit seiner Einlassung, das Holocaust-Denkmal in Berlin sei ein Denkmal der Schande.
- Ich erinnere an Alexander Gauland und sein Vogelschiss-Zitat oder seine Aufforderung wir sollten stolz sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen.
- Diese Liste des Grauens könnte noch lange fortgeführt werden.

Rassismus und Antisemitismus sind leider nicht neu in Deutschland. Neu ist, dass die Scham schwindet, Rassismus offen zu zeigen. Der rassistische Geist ist aus der Flasche, er breitet sich aus, die AfD hat mitgeholfen, den Korken aus der Flasche zu ziehen.

Die genannten Vorkommnisse aus den letzten Wochen und Monaten machen deutlich, dass wir ein sehr ernstes Antisemitismusproblem haben, welches auf gar keinen Fall verharmlost werden darf.

Genau dies geschieht aber, wenn selbst Veranstaltungen zur Geschichte des Islam oder eine Ausstellung über Kinderzeichnungen aus dem Libanon als antisemitisch gebrandmarkt werden.

Das geschieht nicht nur in Reutlingen sondern überall in Deutschland.

Wenige Beispiele müssen genügen:

Es wird Ihnen allen bekannt sein, dass das Jüdische Museum in Berlin erheblich unter Druck steht. Alan Posener fragte vor wenigen Tagen (5.9.2018) in der „Welt“: „Was ist am jüdischen Museum noch jüdisch?“

Sein Vorwurf: Nicht nur halte das jüdische Museum in Zeiten des Antisemitismus eine Konferenz über Islamophobie ab, eliminatorische Kritiker Israels würden zu Wort kommen, nicht dagegen Juden. Er fordert ein Einschreiten der Kulturstatsministerin Monika Grütters – schließlich würden im Jüdischen Museum Steuergelder zweckentfremdet.

Bereits im Juli wurde am Jüdischen Museum ein Vortrag des palästinensischen Friedensforscher Sa'ed Atshan abgesagt, mit der Begründung, dieser sei mit der Boykott-Bewegung verquickt. Die Intervention ging offensichtlich von der israelischen Botschaft aus.

Im April 2017 wurde durch die Bayrische Landeskirche eine Tagung israelischer und palästinensischer Friedensgruppen abgesagt.

Im Juni intervenierte – allerdings erfolglos – die Israelische Botschaft bei den Universitäten Hohenheim und Tübingen, um Vorträge des israelischen Historikers Ilan Pappé zu verhindern.

Schon im letzten Jahr beschloss der Stadtrat von München mit den Stimmen von CSU, SPD und Grünen, dass alle Aktivitäten von boykott-nahen Gruppen oder Personen unterbunden werden müssten, durch Zuschusskürzungen oder den Entzug von Räumlichkeiten.

Es ist inzwischen üblich geworden, dass Veranstaltungen im Bereich der Erwachsenenbildung, die sich kritisch mit der Besatzungspolitik Israels befassen, unter Druck geraten oder einfach gestrichen werden. Von vielen Kolleginnen und Kollegen weiß ich, dass sie um dieses Themenfeld inzwischen einen großen Bogen machen, denn es grassiert nicht nur die Angst mit dem Antisemitismusvorwurf konfrontiert zu werden, sondern auch die Sorge, vor möglichen Zuschusskürzungen.

Massiven Druck wurde auf die vhs Osnabrück ausgeübt mit dem Vorwurf, sie kooperiere mit der antisemitischen Lobby. Glücklicherweise gelang es der vhs, die verschiedenen Veranstaltungen dennoch durchzuführen.

Andere Kollegen mussten absagen. In Köln musste die vhs Ausstellung „Breaking the silence“ nach einem Verbot durch die Stadtspitze abgesagt werden. Begründung: Die Ausstellung könne den Antisemitismus fördern.

Ähnliche Verbote gab und gibt es in Frankfurt, Berlin und wie schon erwähnt, in München.

Im Januar 2015 musste in Neuss zunächst eine Veranstaltungsreihe nach einer Intervention der jüdischen Gemeinde Düsseldorfs abgesagt werden. Nach langen und heftigen Auseinandersetzungen, in denen auch die Absetzung des vhs-Leiters gefordert wurde, konnte die Reihe – etwas erweitert – doch noch realisiert werden.

In Düsseldorf wurde die Nakba-Ausstellung nach einer Begehung durch die jüdische Gemeinde wieder abgebaut.

Die Liste der Absagen und der versuchten Veranstaltungsverhinderung könnte noch lange fortgesetzt werden. Michael Brumlik, siehe taz vom 31.8.2018, sorgt sich vor diesem Hintergrund um die liberale Kultur unserer Gesellschaft und befürchtet einen neuen McCarthyismus.

Mein Anliegen geht aber noch in eine andere Richtung. Denn problematisch sind weniger diese geschilderten Vorgänge, als vielmehr der Umstand, dass viele Träger der Erwachsenenbildung diesen Themenkreis inzwischen meiden. Wer möchte schon bei denen, die Zuschüsse gewähren, als Antisemit verschrien sein.

Daher lassen Sie mich bitte kurz grundsätzlich werden.

1. Die grundgesetzlich geschützte Freiheit der Lehre gilt auch für den Bereich der Erwachsenenbildung.
2. Demokratische Erwachsenenbildung kann nicht wertneutral realisiert werden.
3. Perspektivenwechsel, die Ermöglichung, Sachverhalte auch durch die Brille der anderen Seite zu betrachten, Nähe statt Distanz schaffen Verständnis und damit Erkenntnisgewinn. Zum Grundkonsens der Erwachsenenbildung in einem pluralistischen Gemeinwesen gehört zwingend, dass gesellschaftspolitische Kontroversen auch als solche in der Bildungsarbeit abgebildet werden müssen. Die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel ist dabei keine Frage höflicher Umgangsformen, sie ist grundsätzlich in jedem Konfliktszenario eine Voraussetzung zur Erlangung viabler, brauchbarer Politikentwürfe. Auf den Begriff der Viabilität komme ich zurück.

4. Gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der starken Verbreitung von Kommunikationsformen, die außerhalb einer redaktionellen Verantwortung liegen, gewinnt eine Bildungs- und Tagungsarbeit, in der faktenbasiert und seriös um Wahrheit gerungen wird, enorm an Bedeutung.

1. Die Lehrfreiheit durch Art. 5 Abs 3. unserer Verfassung gilt auch für Einrichtungen der Erwachsenenbildungen und keineswegs nur für die universitäre Lehre. In Baden-Württemberg heißt es im „Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekwesens“, kurz Weiterbildungsgesetz, die Weiterbildung sei ein eigenständiger, mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter Teil des Bildungswesens. Die „Vierte Säule“. Die anerkannte juristische Mehrheitsmeinung leitet daraus ab, dass die grundgesetzlich garantierte Lehrfreiheit auch für die Volkshochschulen gilt. Die meisten Volkshochschulen haben eine entsprechende Formulierung auch in ihrer Satzung, in NRW findet sich diese Formulierung auch explizit im Weiterbildungsgesetz des Landes.

Dass die Frage, wer darüber zu entscheiden hat, ob eine Veranstaltung stattfindet oder nicht, ausschließlich bei den Leitungen einer Volkshochschule oder eine Tagungsstätte liegen kann, ergibt sich auch aus der Logik der Erwachsenenbildung selbst heraus.

Ich möchte das am Beispiel der AfD-Kontroverse erläutern. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass es sich bei der AfD um eine rassistische und verfassungsfeindliche Organisation handeln könnte, da sie ihren Markenkern offensichtlich in der Diskriminierung von Menschen mit ausländischen Wurzeln sucht, davon redet, man müsse Menschen mit türkischem Hintergrund in Anatolien entsorgen usw. Sie kennen alle diese Äußerungen.

Art. 3. Abs. 3 gilt absolut und darf nicht relativiert werden. Niemand darf wegen seiner Abstammung benachteiligt werden. Jeder Mensch hat ein Anrecht, in seiner individuellen Würde geachtet und respektiert zu werden. Daher halte ich einen Innenminister, der pauschal Menschen mit Migrationshintergrund für alle möglichen Probleme verantwortlich macht, für völlig untragbar.

Es stellt sich daher in vielen Einrichtungen der Erwachsenenbildung die Frage, ob es vertretbar ist, die AfD einzuladen. Eine generelle Antwort darauf gibt es nicht, denn es kommt eben auf das Veranstaltungssetting an.

Besteht die Gefahr, dass Rassisten sich profilieren können oder sind es

mehrere Veranstaltungen, die einen solchen Eindruck auffangen könnten?

Ist es eine Veranstaltung mit weiteren Teilnehmenden, die deutlich machen könnten, dass die AfD eben nicht in der Lage ist, tragfähige Lösungen anzubieten usw.

Aus der immanenten Logik der Bildungsarbeit heraus und auf der Basis der verfassungsrechtlich garantierten Lehrfreiheit, darf die Entscheidungskompetenz von vhs-Leitungen oder Verantwortlichen in ähnlichen Einrichtungen nicht angetastet werden. Diese müssen dann ihrer Verantwortung natürlich gerecht werden.

2. Bildungsarbeit braucht Haltung. Auch im Journalismus ist häufig von Haltung die Rede, aber was heißt das denn konkret? Journalisten und Pädagogen haben gemeinsam, dass sie existenziell auf Unabhängigkeit und Liberalität angewiesen sind. In einem autoritären System kann man vielleicht eine gute Ärztin sein, ein guter Maurer oder Schreiner, aber kein Journalist. Man landet entweder im Gefängnis oder im Propagandaapparat der Herrschenden, ist dann aber kein Journalist mehr. Gleiches gilt für die Allgemeinbildung.

Daher ist es auch immer etwas irritierend, wenn der arme Hajo Friedrichs ständig falsch zitiert wird.

Gerade weil Pädagogen und Journalisten existenziell auf Unabhängigkeit und auf Freiheit angewiesen sind, brauchen sie ein sehr feines Gespür, um frühzeitig freiheitsbeschränkenden Entwicklungen entgegenzutreten zu können. Sie brauchen Haltung. Und wer die Idee der Freiheit zu Ende denkt, landet zwingend beim Katalog der unveräußerlichen Menschenrechte – auch bei der Orientierung an sozialer Gerechtigkeit. Anatole France fragte so treffend – *oder meint ihr die Freiheit, unter Brücken zu schlafen und um Brot zu betteln*. Einer der brutalsten Feinde der Freiheit ist die Armut.

Journalismus und Erwachsenenbildung brauchen Haltung.

Selbstverständlich darf es keine rassistische oder antisemitische Bildungsarbeit geben.

3. Perspektivenwechsel. Die Bereitschaft, sich in den anderen hineinzuversetzen, einen Konflikt durch die Brille der anderen Seite zu betrachten, ist nicht nur einfach nett und höflich, sondern eine Grundvoraussetzung für Verstehensprozesse. Die Neurobiologen und die Kognitionspsychologen haben diesbezüglich in den letzten Jahren geradezu Bahnbrechendes geleistet. Ich werde nun keine Vorlesung über den Radikalen Konstruktivismus halten, aber die Kernthese ist für die

Bildungsarbeit in sehr kontroversen Themenfeldern von wesentlicher Bedeutung.

Das was wir für Wirklichkeit halten, ist ein internes Konstrukt auf der Basis von sehr unspezifischen Impulsen. Das ist neurobiologisch nachweisbar. Sie kennen den Blinden Fleck. An der Stelle des Sehnervs ist unsere Netzhaut blind. Wir sehen aber nicht, dass wir nicht sehen. Wir laufen ja nicht mit einem visuellen Loch durch die Welt. Dieser Blinde Fleck wird wegretouchiert. Unser Erfahrungswissen konstruiert das Bild. Gleiches gilt für alle unsere Sinnesorgane.

Woher wissen wir aber, ob das, was wir wahrnehmen wirklichkeitskompatibel ist. Brauchbar. Viabel. (Viabilität – Ernst von Glasersfeld). Sind es Wirklichkeitsentwürfe, die uns in die Lage versetzen, mit der Umwelt zu Recht zu kommen? Woher also wissen wir, ob die internen Konstrukte brauchbar sind?

Erstens durch Erfahrungswissen (das war doch schon immer so) und zweitens durch Kommunikation. („Du bist doch auch der Meinung, dass“). Wir reden nicht nur miteinander, um Informationen auszutauschen, vor allem versuchen wir, unsere eigenen Wirklichkeitsentwürfe zu validieren. Dabei können durch Umfeldbestätigung sehr stabile Wirklichkeitsentwürfe entstehen, die objektiv, also subjektunabhängig erscheinen, weswegen wir nur sehr unwillig bereit sind, diese zu korrigieren.

Keineswegs sind kollektive Wirklichkeitsentwürfe automatisch wirklichkeitsgerecht, „gangbar“ oder realitätskompatibel.

Häufig ist das Gegenteil der Fall.

Kommunikative Verfestigungen von Wirklichkeitsentwürfen können in homogenen sozialen Milieus gründen, in einseitiger medialer Berichterstattung oder auch in totalitären Staatsformen, die abweichende Meinungen verbieten und unterdrücken.

Unter politiktheoretischen Aspekten sind daher Meinungsfreiheit, Pluralität und Pressefreiheit zwingende Systemvoraussetzungen für funktionstüchtige Demokratien. Wirklichkeitsentwürfe müssen sich an Gegenentwürfen beweisen, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, realitätsgerecht zu sein. Das gute Argument wird erst dann belastbar, wenn es dem Gegenentwurf standhält. Der wohlfeile Applaus Gleichgesinnter kann schnell in die Irre führen.

Der Respekt vor den Andersdenkenden und die Bereitschaft zum Perspektivenwechsel sind absolut notwendige Voraussetzungen für gangbare, brauchbare, viable Wirklichkeitsentwürfe, für friedliche

Konfliktlösungen und generell für ein menschliches, gewaltfreies und produktives Miteinander.

4. Erwachsenenbildung in Zeiten der redaktionsfreien Kommunikationswelten.

Tägliches Kopfschütteln über Donald Trump. Wie ein Circus Clown im engen Lichtkegel zieht er die Aufmerksamkeit auf sich, während im Hintergrund, nahezu unbemerkt die USA radikal umgebaut werden. Um Meinungsmonopole zu verhindern, galt in den USA eine Reichweitenbegrenzung. Kein Radiosender durfte mehr als 39 % aller Haushalte erreichen. Diese Begrenzung wurde vom US-Präsidenten nun aufgehoben und der ultrakonservative Sinclair-Medienkonzern, der Trump massiv im Wahlkampf unterstützt hatte, frohlockte, er werde in Kürze mehr als zwei Drittel aller US-Haushalte mit Nachrichten versorgen und hierfür Lokalsender in allen Teilen des Landes aufkaufen. Unmittelbar nach Trumps Entscheidung kaufte Sinclair weitere 42 Lokalsender. Im Auto hört man einen Lokalsender und zu Hause informieren sich viele über Facebook-Posts. Wer beherrscht unter diesen Bedingungen öffentliche Debatten?

Demokratie lebt nicht von Wahlen. Diese dienen nur dazu, den Prozess der demokratischen Willensbildung zu verifizieren. Was aber, wenn dieser Prozess der Meinungsbildung verbogen ist, weil die Wählerschaft sich ihre Wunschwahrheiten bei Facebook zusammenliest oder bspw. von der Sinclair-Gruppe „informiert“ wird, die wie Trump z. B. den Klimawandel leugnet. Wie kann Demokratie gelingen, wenn der öffentliche Diskurs keine gemeinsame Basis aus Fakten, gesichertem Wissen und Wirklichkeit mehr hat? Was geschieht mit uns als Gesellschaft, wenn Tatsachen keine entscheidende Rolle mehr spielen?

Das ist kein US-Thema. Ähnliche Prozesse können wir hier bei uns beobachten. Herr Seehofer gelang es kürzlich, ein neues Polizeigesetz durchzusetzen mit sehr weitreichenden Befugnissen gegen sogenannte Verdächtige. Befugnisse, für die nun in Bayern kein Richterspruch mehr die Voraussetzung ist. Durchgesetzt wurde dieses Polizeigesetz, wegen einer angeblichen stärkeren Kriminalitätsbelastung.

Das Gegenteil ist der Fall.

Im letzten Jahr ist die Zahl der registrierten Straftaten um rund 10% gesunken. Seit 1993 gab es keinen so starken Rückgang der Kriminalitätsbelastung. Der tiefste Stand seit der Wiedervereinigung. 2017 wurden 610 000 Straftaten weniger verzeichnet als 2016. Besonders auffällig war der Rückgang bei Diebstahlsdelikten und bei

Wohnungseinbrüchen z. B. in Baden-Württemberg mit einem Minus von 24% in NRW von knapp 26%. Rückgang ebenfalls bei der Gewaltkriminalität.

In Bayern hieß es sinngemäß, jetzt müsse hart durchgegriffen werden, Grundrechtsluxus könne man sich jetzt nicht mehr leisten.

Die Wirklichkeitskonstruktionen im Netz, die keiner redaktionellen Verantwortung unterliegen, entfalten eine Wirkmächtigkeit, auf die wir nicht nur keine Antwort gefunden haben, vielmehr laufen wir Gefahr, vor der Macht der Desinformation in den sozialen Medien zu kapitulieren.

Wenn der höchste Verfassungsschützer, dem Märchen von der Lügenpresse beispringt und die rechtsradikale Argumentation beleglos übernimmt, Chemnitzer Hetzjagden seien eine Erfindung der Medien, damit die rechtsradikalen Hetzer unterstützt und dann er dafür auch noch befördert wird, dann sind wir alle gemeinsam aufgefordert, aufzustehen. So darf es nicht weitergehen.

(Raphael Thelen)

Thomas Brudermann hat in seinen sehr bemerkenswerten Studien über „Massenpsychologie“ Gruppen untersucht, die Heime von Geflüchteten angreifen oder versuchen, diese niederzubrennen. Er thematisierte die grölende Horde, die in Bautzen den Brand einer Aufnahmeeinrichtung feierte oder die Gruppe, die in Clausnitz einen Bus mit Geflüchteten stoppte und brüllte, „holt sie da raus“. Er schreibt, „Massen sind nicht zugänglich für Vernunft.“

„Im Sog der Anderen legt der Einzelne Verhaltensweisen an den Tag, die völlig entkoppelt sind von Charakter, Persönlichkeit oder Erziehung.“¹

Dieser Befund kann auf die sogenannten Sozialen Medien nicht nur übertragen werden, die Anonymität im Netz verstärkt kollektive Dynamiken gefährlicher Irrationalität. Pauschalurteile verfestigen sich, über die sogenannten Ausländer, über die Flüchtlinge, über die Israelis, die Juden, die Araber – auch über die Israelkritiker.

Israel existiert. Das ist auch gut so.

Aber so wie es ist, ist es nicht gut. Die ständige Forderung, Sicherheit im militärischen Sinne herzustellen, ist nicht ausreichend. Ziel muss sein, dass Menschen in Israel – alle dort lebenden Menschen – angstfrei und unbeschwert leben können. Dieses Ziel kann freilich nur erreicht werden, wenn gleiches für die Palästinenser gilt.

¹ Thomas Brudermann: Massenpsychologie. Psychologische Ansteckung, kollektive Dynamiken, Simulationsmodelle. Wien 2011

Zukunft hat nur, was allen nützt.

Ich fasse zusammen:

- 1) Die gesellschaftliche Kontroverse um den Israel-Palästina-Konflikt muss sich auch in einer Bildungsarbeit abbilden, die diese Kontroverse in einem offenen, repressionsfreien Dialog bearbeitet. Daher ist **die Freiheit der Lehre** als ein hohes Gut und zu beachten.
- 2) Eine solche Bildungsarbeit muss **wertgebunden** sein, die Orientierung an den unveräußerlichen Menschenrechten darf nicht zur Disposition stehen.
- 3) Es ist die Aufgabe von vhsen und Tagungshäusern, den Perspektivenwechsel zu ermöglichen, weil nur so demokratische Meinungsbildung möglich ist. **Wer sich dem Dialog verweigert, verweigert sich der Demokratie.**
- 4) Die sogenannten Sozialen Medien fördern das Denken in einfachen Antworten, sie schaffen Distanz statt Nähe und verstärken gefährliche Pauschalurteile. Gerade deswegen haben wir in der Bildungsarbeit die Aufgabe, **differenzierte Betrachtungen** zu ermöglichen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Vorurteile und Stigmatisierungen die öffentlichen Diskurse beherrschen.

Daher halte ich auch gar nichts von Boykottforderungen. Das letzte was wir jetzt brauchen, ist, dass wir uns gegenseitig boykottieren. Daher bin ich auch dagegen, pauschal all jene zu boykottieren, die irgendwie von Boykott reden, denn es erscheint mir zumindest unseriös, wenn zwischen einem Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu und irgendwelchen Hasspredigern nicht differenziert wird.

Ich habe eingangs George Tabori zitiert, mit seinem leidenschaftlichen Plädoyer gegen „Die-da-Ismen“.

Sein Vater brachte ihm bei, dass es „die Rumänen“ gar nicht gibt. Tabori fuhr in seiner Rede fort, ich zitiere:

„Seit dem fällt es mir schwer, den Menschen nicht eins-zu-eins zu begegnen, ich könnte den Faust, den Kleist, den Heine, den Böll, die Liste ist endlos, nicht mit dem Himmler in einen teutonischen Topf stecken, nur weil sie alle Heinrich heißen.“